

K4 Wahlprogramm Kapitel 4: Freies Berlin!

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 17.03.2016

1 4. Freies Berlin!

2 4.1. Alles Berlinerinnen und Berliner

3 Vielfalt – Partizipation – Religion

4 Berlin ist weltweites Sinnbild für Freiheit, Offenheit und Toleranz. Die Berlinerinnen und
5 Berliner haben es gemeinsam geschafft, die Mauer einzureißen. Das prägt das Lebensgefühl der
6 Stadt und macht sie so anziehend. Jede*r zweite Mensch, der in Berlin lebt, ist in die
7 Hauptstadt gezogen. Jede*r vierte Mensch hat Wurzeln außerhalb Deutschlands. Miteinander
8 leben wir eine Kultur der gegenseitigen Wertschätzung. Die Anerkennung unseres Grundgesetzes
9 und das Recht jeder Person, sich frei zu entfalten, sind die Grundlage für unser friedliches
10 Zusammenleben in Vielfalt. So können wir alle unseren Traum von Berlin leben.

11 Wir wollen Vielfalt, Teilhabe und Integration gezielt fördern: den Karneval der Kulturen
12 erhalten, die hervorragende Arbeit der Stadtteilmütter sichern, die Initiativen und
13 Organisationen von Migrant*innen unterstützen und vieles mehr. Vielfalt im Alltag sichtbar
14 zu machen heißt auch, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in den öffentlichen Dienst
15 einzustellen, gerade in den Berliner Polizeidienst. Der Wissens- und Talentschatz der vielen
16 Menschen, die nach Berlin kommen, liegt brach. Wir wollen ihn heben: Abschlüsse
17 unkompliziert anerkennen, Wege in den Arbeitsmarkt öffnen und die migrantische Ökonomie
18 stärken. Und wir sorgen dafür, dass es endlich wieder eine*n unabhängige*n
19 Integrationsbeauftragte*n gibt.

20 Noch immer sind Menschen mit Migrationshintergrund strukturell benachteiligt und
21 Diskriminierung ausgesetzt: Sie haben schlechtere Chancen auf einen guten Bildungsabschluss
22 oder auf eine Wohnung und erleben auch Nachteile bei der Gesundheitsversorgung. Wir sind
23 alle Berlinerinnen und Berliner. Wir Grünen wollen ein Antidiskriminierungsgesetz einführen,
24 das die Gleichbehandlung aller sicherstellt.

25 In Berlin sollen alle Menschen nach ihrer Fassung selig werden. Religionsfreiheit bedeutet
26 für uns nicht, Religion so weit wie möglich ins Private und in die Hinterhöfe zu verbannen.
27 Im Gegenteil: Wir wünschen uns, dass sich Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften am
28 gesellschaftlichen Leben beteiligen. Gemeinsam mit ihnen wollen wir die Seelsorge auch in
29 Krankenhäusern und Gefängnissen gewährleisten. Zugleich wollen wir gemeinsam weiter daran
30 arbeiten, das Wahlfach Religion besser in den Stundenplan einzubeziehen und das Pflichtfach
31 Ethik weiter zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, einen Lehrstuhl für islamische
32 Theologie in Berlin einzurichten. Mit den großen christlichen Kirchen treten wir in einen
33 Dialog darüber, wie wir die Staatsleistungen ablösen können, die Berlin seit der
34 Säkularisierung jedes Jahr an die Kirchen zahlt.

35 4.2. Hauptstadt der Kultur und Kreativen

36 Kultur – Medien – Clubkultur/Kreativwirtschaft

37 Ob Musik, Theater, Tanz, ob Film und Literatur oder bildende Kunst: Berlin ist
38 Weltkulturstadt und Magnet für Kulturschaffende wie Besucher*innen. Um diese Lebendigkeit
39 und Vielfalt werden wir beneidet. Die Berliner Mischung aus renommierten Kultureinrichtungen
40 und freier Szene ist einzigartig. Damit das in einer wachsenden Stadt so bleibt, muss
41 Politik Freiräume für Kunst und Kreativität erhalten. Zu ihren Kernaufgaben gehört eine neue

42 Liegenschaftspolitik. Wir wollen einen Teil der öffentlichen Liegenschaften grundsätzlich
43 für Kultur vorhalten und dazu ein öffentliches Kulturkataster erstellen. Mit Hilfe einer
44 Agentur, die vermittelt, ermöglichen wir, dass Räume auch temporär für Kunst und Kultur
45 genutzt werden können.

46 Berlin ist international berühmt für seine Clubkultur. Sie ist typischer Teil der urbanen
47 Vielfalt und bedeutender Wirtschaftsfaktor. Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur
48 erhalten, Standorte sichern und bei Konflikten mit Anwohner*innen für einen fairen
49 Interessenausgleich sorgen.

50 Gute Kultur gibt es nur, wenn sich die Lebens- und Arbeitssituation der Künstler*innen
51 verbessert. Wir machen uns für generelle Honoraruntergrenzen bei der öffentlichen
52 Kulturförderung und für angemessene Tarifabschlüsse stark. Der Mindestlohn muss auch für
53 Kultur- und Medienschaffende gelten.

54 Insbesondere für die freie Szene ist ein Zuwachs der Mittel - zum Beispiel aus der City-Tax
55 - längst überfällig. Wir überarbeiten die Förderstrukturen und richten sie neu aus. So
56 stärken wir beispielsweise Ankerinstitutionen, an denen die freie Szene projektbezogen
57 andocken kann. Teile des ehemaligen Flughafengebäudes in Tempelhof wollen wir langfristig zu
58 einem Kultur- und Kreativhafen umbauen, in dem Proberäume, Studios und Künstlerateliers
59 ebenso Platz finden wie Film- und TV-Produktionsfirmen, Startups oder
60 Forschungsreinrichtungen aus dem Kreativbereich.

61 Berlins Stadtteilbibliotheken wollen wir erhalten, die Zentral- und Landesbibliothek an
62 einem Standort vereinen und die Gedenkstättenpolitik aufgrund steigender
63 Besucher*innenzahlen zusammen mit dem Bund neu ausrichten. Um EU-Fördermittel besser
64 einwerben zu können, stellen wir mehr Mittel zur Kofinanzierung bereit. Den
65 Hauptstadtkulturfonds wollen wir bei den Regelförderungen entlasten, einen zusätzlichen
66 Festivalfonds schaffen und Literatur noch gezielter fördern.

67 Berlin soll ein Medienstandort des 21. Jahrhunderts werden. Immer öfter ziehen Verlage und
68 Sender mit ihren Redaktionen in unsere Stadt, immer mehr Filme, Serien und Dokumentationen
69 werden hier produziert. Wir wollen die crossmediale Medienpolitik für unsere Stadt stärken.
70 Das bedeutet, den digitalen Aufbruch ernst zu nehmen und als Chance zu betrachten, egal ob
71 für Zeitungen, Radio, Fernsehen oder neue Medien. Wir streiten für Medien-Startups genauso
72 wie für eine Stärkung des Rundfunks Berlin-Brandenburg (RBB) und der Medienanstalt Berlin-
73 Brandenburg. Die Werbefreiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wollen wir weiter
74 vorantreiben.

75 4.3. Geschlechter? Gerechtigkeit!

76 Frauen – Gleichstellung – Queer

77 Eine freie Gesellschaft gelingt nur, wenn sich alle gleichermaßen verwirklichen können.
78 Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, Lohngerechtigkeit, gleiche
79 Berufschancen, Unabhängigkeit und sexuelle Selbstbestimmung sind Werte, die unseren Weg
80 bestimmen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist vielfach aber noch ein uneingelöstes
81 Versprechen. Grüne Berlin-Politik steht für konsequentes Gender-Mainstreaming und Gender-
82 Budgeting. Das heißt: Wir werden bei allen Entscheidungen auf allen Ebenen die
83 Lebenssituation und Interessen aller berücksichtigen. Und: Wir setzen uns dafür ein, dass
84 Gleichstellung sich auch im Haushaltplan als gerechte Verteilung der Mittel niederschlägt.
85 Die landeseigenen Unternehmen und den Öffentlichen Dienst werden wir zum Vorbild für gleiche
86 Chancen und gerechte Entlohnung machen. Damit Ungerechtigkeiten abgebaut werden, setzen wir
87 uns für Klagerechte im Landesgleichstellungsgesetz ein. Damit Frauen frei wählen können, wo
88 sie ihr Kind zur Welt bringen, regeln wir die Hebammenversorgung bundesweit neu.

89 Wir Grüne bekennen uns klar zur Ehe für alle. Alle Liebenden verdienen die gleichen Rechte.
90 Berlin muss bei der Öffnung der Ehe eine Vorreiterrolle einnehmen und darf nicht wie der
91 rot-schwarze Senat durch seine Enthaltung im Bundesrat das Gegenteil bewirken. Um die
92 Benachteiligung queerer Menschen in Berlin weiter abzubauen, verankern wir das Thema künftig
93 fest im Lehrplan der Berliner Schulen und entwickeln die „Initiative Sexuelle Vielfalt“
94 weiter – vor allem mit Blick auf die Arbeitswelt, ältere Menschen und Geflüchtete. In Berlin
95 darf niemand diskriminiert werden. Jede*r hat einen Platz, unabhängig vom Geschlecht oder
96 der sexuellen Identität.

97 Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Kulturen und Schichten. Das hat mit überkommenen
98 Geschlechterrollen zu tun sowie mit der Verharmlosung von Alltagssexismus. Beim Schutz vor
99 sexualisierter und häuslicher Gewalt kann Berlin deutlich mehr tun: In den meisten
100 Bundesländern gibt es bereits die anonyme, anzeigenunabhängige Spurensicherung. Berlin ist
101 Schlusslicht. Wir fordern eine ausreichende Finanzierung der Frauenhäuser und ein
102 flächendeckendes und kultursensibles Angebot, das die Rechte der Opfer stärkt. Gerade um die
103 Ausbeutung ausländischer Zwangsprostituiertes zu bekämpfen, wollen wir sie vor Gericht
104 stärken. Zudem werden wir einen Runden Tisch Sexarbeit einrichten, um den Dialog mit allen
105 Beteiligten zu führen. Sexismus hat in Berlin keinen Platz. Auch sexistische Werbung wollen
106 wir schon in den Verträgen, die das Land Berlin oder seine Unternehmen machen, nach
107 österreichischem Vorbild ausschließen.

108 4.4. Offene Gesellschaft verteidigen

109 Bürger*innenrechte – Justiz – Drogenpolitik – Gegen Rechts – Sicherheit

110 Berlin ist die Stadt der Freiheit. Und wir Grüne sind die Partei der Bürger*innenrechte. Wir
111 teilen das Sicherheitsbedürfnis der Menschen, erteilen jedoch dem Wettbewerb um immer
112 schärfere Maßnahmen eine Absage. Symbolpolitik schafft keine Sicherheit. Wir setzen auf
113 Vorbeugung, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit. Der Schutz unserer Grundrechte steht an
114 oberster Stelle. Auch öffentliche Sicherheit ist für uns eine Frage der Gerechtigkeit.
115 Angsträume, gerade für Frauen, sind inakzeptabel. Wir wollen, dass sich alle Berliner*innen
116 bei sich zu Hause und in der ganzen Stadt sicher fühlen.

117 Unser Leitbild ist eine bürgernahe Polizei. Wir wissen um die herausfordernde Arbeit der
118 Berliner Polizist*innen. Und auch, dass nur eine gut ausgestattete Polizei in der Lage ist,
119 Straftaten schnell aufzuklären und Gefahren abzuwehren. Berlin braucht aber auch eine
120 unabhängige Beschwerdestelle für Konflikte mit und innerhalb der Polizei. Die Ausstattung
121 der Ambulanz- und Rettungsdienste wollen wir verbessern, damit im Notfall die Hilfe schnell
122 bei den Menschen ist.

123 Eine freie und unabhängige Justiz ist der Grundpfeiler unseres Rechtsstaates. Hier beheben
124 wir den Personalmangel, um wieder angemessene Verfahrenszeiten zu erreichen. In den Berliner
125 Gefängnissen rücken wir die Resozialisierung wieder stärker in den Vordergrund.
126 Gefängnisinsass*innen wollen wir den Zugang zum Internet ermöglichen und Maßnahmen wie
127 „Arbeit statt Strafe“ ausbauen.

128 Der Berliner Verfassungsschutz ist nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen Teile der Aufgaben an
129 andere Behörden oder Einrichtungen übertragen und das System der V-Leute abschaffen. Der
130 beste Schutz für unser Grundgesetz ist eine lebendige und couragierte Zivilgesellschaft.

131 Auch in Berlin steigt die Bedrohung durch Rechtsextreme und radikale Islamisten. Egal in
132 wessen Namen: Bei uns haben Gewalt und Menschenfeindlichkeit keinen Platz. Zivilcourage und
133 politische Bildung, Prävention, eine weltoffene Großstadtpolizei und moderne
134 Sicherheitskonzepte sind dabei die wesentlichen Säulen. Die Arbeit der vielen
135 zivilgesellschaftlichen Gruppen schätzen und fördern wir.

136 Neue Wege werden wir in der Drogenpolitik gehen. Gerade für junge Menschen müssen wir die
137 Drogenprävention stärken. Aber die strafrechtliche Verfolgung des Cannabis-Konsums halten
138 wir für falsch und faktisch gescheitert. Wir wollen – soweit in Berlin rechtlich möglich –
139 eine Legalisierung des Cannabis-Konsums für Erwachsene. Indem wir den Schwarzmarkt
140 austrocknen stärken wir gleichzeitig den Jugend- und Gesundheitsschutz.

141 4.5. Berlin digital

142 Digitalisierung – Netzpolitik – Datenschutz

143 Berlin und der digitale Aufbruch waren bisher eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen:
144 mit einer öffentlichen Verwaltung, die noch immer auf Windows XP angewiesen ist, und einer
145 Stadt, der seit bald zehn Jahren öffentliches W-LAN versprochen, aber nicht eingeführt wird.
146 Dabei lebt Berlin am digitalen Puls, viele Startups entstehen in unserer Stadt,
147 Gründer*innen treiben die Digitalisierung unserer privaten Kommunikation und Arbeitswelt
148 voran.

149 Digitale Chancen nutzen heißt, in Berlin das Thema digitaler Wandel anzugehen. Die
150 Veränderungen, die damit verbunden sind, sind in ihrem Ausmaß aktuell kaum abschätzbar,
151 weder für die Wirtschaft, die Bildungslandschaft, noch für unsere Demokratie. Wir wollen die
152 digitale Zukunft unserer Stadt langfristig gestalten, statt auf kurzfristige Trends
153 aufzuspringen. Wir schaffen eine Koordinierungsstelle im Senat, die den digitalen Aufbruch
154 politisch steuert und die einsamen Pilotprojekte der einzelnen Senatsverwaltungen
155 zusammenführt, vernetzt und massiv ausbaut. Und wir stärken gezielt
156 Wissenschaftseinrichtungen, die themenübergreifend den digitalen Wandel erforschen. Wir
157 wollen ein flächendeckendes und kostenfreies WLAN für ganz Berlin, auf Bahnhöfen, in Bussen
158 und Bahnen oder öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken oder Museen. Dafür werden wir
159 mit bestehenden Initiativen verstärkt zusammenarbeiten, auch um ihre Erfahrungen zu nutzen.

160 Berlin braucht schnell eine IT-Strategie für die Verwaltung mit vorausschauender Planung und
161 einem zentral koordinierten Controlling. Grundlage muss zukünftig Open-Source-Software sein
162 – sie schafft Unabhängigkeit, Sicherheit und eine größere Flexibilität. Der digitale
163 Aufbruch in der Berliner Verwaltung ist eine Mammutaufgabe, er ist aber zentral, um das
164 bisherige Chaos zu überwinden und wieder mehr Service, Effektivität und Transparenz zu
165 erreichen.

166 Die Vermittlung eines selbstbestimmten Umgangs mit Medien ist wichtig, um an einer
167 digitalisierten Welt teilhaben zu können. Die muss in Kita und Schule beginnen, ist aber
168 eine lebenslange Aufgabe. Wir werden das Verständnis und die Auswirkungen der
169 technologischen Entwicklung umfassender in Schulen vermitteln und Fähigkeiten wie
170 Programmieren unterrichten. Gewalt wie Hate Speech und Mobbing im Internet akzeptieren wir
171 nicht. Bilder von sexuellem Missbrauch an Kindern über das Internet zu verbreiten ist eine
172 Straftat, die wir verfolgen werden. Wir wollen die Staatsanwaltschaften stärken und
173 fortbilden und ein stärkeres Bewusstsein für diese Themen schaffen.

174 Selbstbestimmung hängt auch vom Umgang mit unseren Daten ab. Datenschutz ist wichtiger denn
175 je. Wir wollen jede und jeden Einzelnen vor Missbrauch schützen. Daher werden wir die
176 Datenschutzaufsicht in Berlin personell aufstocken. Verwaltung und Unternehmen müssen
177 stärker sensibilisiert werden. Gerade für die Sicherheitsbehörden muss gelten: Nicht alles
178 was technisch möglich ist, darf auch umgesetzt werden. Wir lehnen anlasslose Speicherorgien
179 wie bei der Vorratsdatenspeicherung und der Funkzellenabfrage ab und wollen die
180 Videoüberwachung öffentlicher Räume nicht ausweiten. Mit uns bleibt Berlin die Stadt der
181 Freiheit.